



Nr. 26 November 90

Grünschnabel

Gemeinsame Zeitung
der Grünen Liste Büttelborn
und der Grünen Partei Apolda

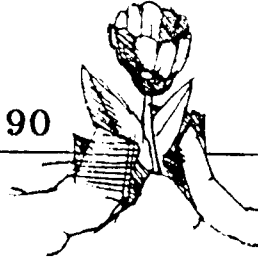
Ausgabe:
Hessen/Thüringen



Bundestagswahl 2. Dezember '90

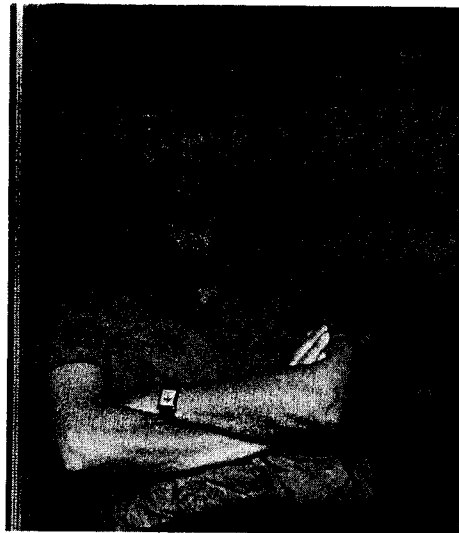
Wir gehen unseren Weg:

von dem die anderen meist nur reden.



Bürgerrechte und Umweltschutz

Für Hessen in den Bundestag:
Ulrike Riedel



Ich bin 41 Jahre alt, Rechtsanwältin und Landtagsabgeordnete.
Von 1975 bis 1981 habe ich in meiner Ehe- und Familienpraxis in München Frauen vertreten und in Frauenselbsthilfeprojekten mitgearbeitet. Wichtig war für mich in dieser Zeit die Erfahrung, daß wir Frauen es alleine geschafft haben, Frauenhäuser, Frauenkneipen und ähnliche Projekte zu gründen und erfolgreich zu betreiben. Danach habe ich zwei Jahre in Borgo San Lorenzo in Italien gelebt.
Von Ende 1983 bis 1985 war ich Justitiarin der Bundestagsfraktion DIE GRÜNEN im Bundestag.

Der Datenschutz, die politischen Strategien gegen die Sicherheitsgesetze und die umweltpolitischen Initiativen der GRÜNEN waren meine Projekte in Bonn.

Während der rotgrünen Koalition in Hessen war ich Bundesratsreferentin im grünen Umweltministerium, seitdem lebe ich auch in Hessen. Das Aufdecken der Skandale um die Genehmigungen der Hanauer Nuklearbetriebe und die Auseinandersetzung mit den Beamten hierüber war meine wichtigste Arbeit im grünen Ministerium. Ich erlebte hautnah den Versuch der SPD, die GRÜNEN über den Tisch zu ziehen. Nach dem Bruch der Koalition ging ich aus dem Ministerium weg, denn für Herrn Welmar zu arbeiten, wäre wohl noch schlimmer gewesen als mit der SPD.

Seitdem verrete ich als Rechtsanwältin die Interessen von AnwohnerInnen und Bürgerinitiativen gegenüber Abfall, Chemie und gentechnischen Anlagen. Seit Oktober 1989 bin ich Abgeordnete im Hessischen Landtag und dort im Umweltausschuß. ●

Für Thüringen in den Bundestag:
Vera Wollenberger

Ich wurde am 4.5.1952 in Sondershausen /Thüringen geboren.
Nach dem Studium der Philosophie arbeitete ich als Lektorin (Schriftleiterin) in einem Verlag. Ich habe drei Söhne von 18, 8 und 6 Jahren.
10 Jahre lang engagierte ich mich in der unabhängigen Friedens- und Umweltbewegung der DDR. Am Anfang habe ich den Pankower Friedenskreis und die "Kirche von unten" mitbegründet. Wegen Beteiligung an der Anti-Atomraketen-Bewegung erhielt ich 1983 Berufsverbot. Für die Einforderung demokratischer Grundrechte anlässlich der Rosa-Luxemburg-Demonstration in



Ostberlin 1988 wurde ich wegen "Zusammenrottung" verhaftet und nach England abgeschoben. Nach einem Studium in Cambridge kehrte ich im Herbst 1989 in die DDR zurück und wurde im Dezember Mitglied der Grünen Partei. Im März 1990 wurde ich Abgeordnete der Volkskammer.

Schwerpunkte meiner politischen Arbeit sind die Friedens- und Abrüstungspolitik.

In letzter Zeit bemühte ich mich während der Häftlingsproteste in ehemaligen DDR-Gefängnissen um eine gerechte Überprüfung der vom SED-Regime vollstreckten Urteile. ●

Klaus Menzel (Grüne Partei Apolda) Peter Best (Grüne Liste Büttelborn)
Klaus Menzel Peter Best

Liebe MitbürgerInnen,

mit dieser Zeitung wollen wir einen Überblick über die aktuellen Probleme einer Stadt in Thüringen und einer Gemeinde im Ballungsraum Rhein-Main geben.

Auf die Bundesländer der ehemaligen DDR warten gewaltige Aufgaben - aber auch auf die der ehemaligen BRD. Gerade hier sollte man sich von der Wohlstandsdekoration nicht blenden lassen.

Die Grünen waren und sind notwendig, die anderen Parteien in Sachen Umweltschutz und Bürgerrechte voranzutreiben. Denn auf deren schöne Worte ist nicht zu bauen.

Für diese "Antreiber-Funktion" brauchen wir ein gutes Wahlergebnis. Tragen Sie mit Ihrer Stimme dazu bei.

in ganz Deutschland!

Foto: Bernd Heinz

Dicke Luft

Apolda "stark überbelastet"

Die lufthygienische Situation in Apolda - wie auch in anderen Städten Thüringens - ist besonders seit der Umstellung auf ausschließliche Nutzung der einheimischen, stark schwefelhaltigen Braunkohle extrem schlecht. Apolda wurde gemäß dem Umweltbericht '89 auf der (noch) gültigen Immissionskala in die Stufe 4 "stark überbelastet" eingestuft. Aufgrund der Talkesselage wird selbst im Sommer noch die Stufe 2 "belastet" erreicht.

In unserem Programm zur Kommunalwahl formulierten wir das Ziel, bereits in der jetzt beginnenden Heizperiode eine spürbare Entlastung zu erreichen. Dies sollte durch kurzfristig wirksame Maßnahmen erfolgen wie

- Umstellung von Heizanlagen auf Öl
- Errichtung von Blockheizkraftwerken zur kombinierten Wärmeversorgung von öffentlichen und privaten Gebäuden
- Einsatz besserer Kohle
- Einleitung konsequenter Energiesparmaßnahmen.

Bisher ist dies jedoch nur ansatzweise gelungen. Neben einer allgemeinen Investitionsschwäche und den ungeklärten Eigentumsverhältnissen an vielen Gebäuden sind dafür auch die noch gültigen Niedrigpreise für Energie verantwortlich. Hinzu kommt, daß der zentrale Kohlehandel unter Verweis auf die niedrigen Preise noch immer die minderwertige Braunkohle verkauft und keine Alternativen anbietet.

Qualm und Lärm aus Auspuffrohren, der sprunghaft gestiegene Autoverkehr trägt zur Luftbelastung bei.



Die Grünen im Parlament

Mit der Kommunalwahl im Mai schafften wir den angestrebten Sprung in den Kreistag und das Stadtparlament Apoldas. In beiden Parlamenten sind wir mit 5-6% der Stimmen durch je drei Mandate vertreten. Im Kreistag kam eine Fraktion mit dem Abgeordneten des NEUEN FORUM zustande. Grüne Parlamentarier sind seither in folgenden Ausschüssen vertreten:

Kreistag

- Hauptausschuß
- Ausschuß für Umwelt- und Naturschutz
- Sozialausschuß

Stadtparlament

- Hauptausschuß
- Technischer Ausschuß
- Sozialausschuß

- Sonderausschuß zur Vergabe von Geschäftsräumen

Von GRÜNEN Fraktionen wurden bisher folgende Anträge eingebracht:

- Antrag auf personelle Überprüfung neuer Wach- und Schließgesellschaften (Stasi-Vergangenheit)
- Dringlichkeitsantrag zu Unterstützung der Hausbesetzer in der Berliner Normannenstraße (Stasihauptquartier)
- Antrag zur Überprüfung und Offenlegung der Verteilung von PDS-Geldern im Landkreis
- Antrag zur regelmäßigen Berichterstattung des Arbeitsamtes vor dem Kreistag
- Antrag auf Einführung einer Fragestunde für Bürger vor jedem Kreistag (abgelehnt)
- Antrag zur Willensbekundung für ein zivile Nutzung des Objektes Eckolstedt



Foto: Rolf A. Goethe

Das gerade fertiggestellte, strategische Militärobjekt "Eckolstedt" hat in einem vereinten Europa keine Daseinsberechtigung. Die große freierwerdende Fläche soll z.B. für Gewerbeansiedlungen genutzt werden.

Aktionen nicht nur "action"

Manche verfluchen sie, manche schütteln nur den Kopf, doch manche machen mit. Aktionen, die dazu dienen, auf Probleme aufmerksam zu machen und Denkanstöße zu geben:

- Ostermarsch zum Militärobjekt Eckolstedt, welches nach der Wende keine Daseinsberechtigung mehr hat
- Aufräumaktion in der Schötener Promenade, von der SPD organisiert, ein Beitrag zur Stadtökologie
- Grünes Burgfest: In der Wasserburg Kapellendorf gab es alternative Kultur live. Puppentheater, Dritte-Welt-Laden, Blues und Rock unter Teilnahme thüringischer und hessischer Grüner
- Plakataktion bei Laborchemie: Gegen die gravierende Umweltverschmutzung dieses Betriebes
- Thüringenweite Auspackaktion: Vor den Augen der Käufer und Verkäufer wurde der Verpackungs-Unsinn demonstriert
- Protestaktion gegen die Übernahme des Militärobjektes durch die Bundeswehr am Tag nach der deutschen Vereinigung

Man stelle sich vor: Es gibt Demokratie - und keiner geht hin ...

Diese zwar etwas abgenutzte Floskel trifft jedoch recht gut den Zustand des demokratischen Neuaufbaus in den fünf neuen Bundesländern. Die BürgerInnenbewegungen und auch wir GRÜNEN haben, seit die Deutsche Vereinigung und die Währungsunion Kontur annahmen, dies sehr schmerzhaft zu spüren bekommen: Nun, da ein Großteil der Menschen der Ex-DDR sich hoffnungsvoll dem erfolgreicherem System der Bundesrepublik unterstellten, möchten

viele wieder in die privaten Nischen zurückkehren. Man geht zur Wahl und gibt seine Stimme ab - womit man sie für vier Jahre los ist. Sollen doch die Politiker, die professionellen, wieder das Ruder in die Hand nehmen!

Aber die Erfahrung zeigt, daß Politikern nicht zu trauen ist. In einer funktionierenden Demokratie müssen die Bürger ihre Interessen selbst in die Hand nehmen.

6. 11. 89



Über 12000 Menschen demonstrieren in Apolda gegen SED- und Stasi-Willkür.

6. 11. 90



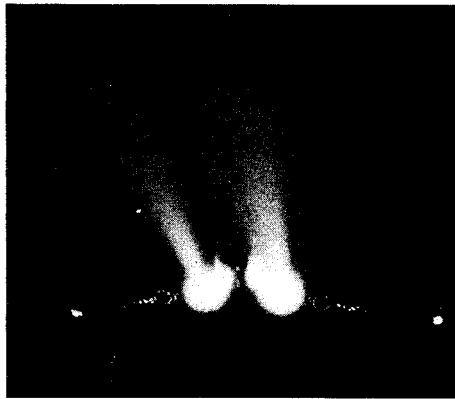
Etwa 50 Demonstranten protestieren gegen die Verschleppung der Vergangenheitsbewältigung durch ehemalige SED-Richter.

Aufruf für Arbeitsgruppe "Fluglärm"

Für die Gemeinde Büttelborn mit ihren Ortsteilen wird der Fluglärm eine ewiger Fluch sein. Der Flugverkehr wird dabei weiter steigen, so sollen die Flugbewegungen auf Rhein-Main von derzeit 330.000 auf 372.000 im Jahre 2005 steigen.

Ich finde, daß sich eine Gruppe von Bürgern zusammenfinden sollte, die die Belastungen und die Entwicklung des Fluglärms im Auge behält. Eine Gruppe, die die Interessen Büttelborns gegenüber der Flughafen AG, gegenüber den benachbarten Gemeinden, aber auch gegenüber und gemeinsam mit den Politikern vorort (da für diese der Fluglärm nur ein Problem unter vielen Problemen ist) formulieren und deklarieren sollte. Wichtig: Diese MitbürgerInnen sollten parteipolitisch unabhängig sein.

Wer gibt sich einen Ruck und macht mit? Ich stelle mich als "vorläufige Kontaktadresse" zur Verfügung: Peter Best, Mozartstraße 26, Tel. 54525 ●



Nachtflug über dem Ortsteil Worfelden

BUS NACH GRIESHEIM

Die Riedwerke prüfen zur Zeit die Einrichtung einer Buslinie von Büttelborn nach Griesheim.

Über die von der GLB vorgeschlagene Linie zum Flughafen, die besonders für die zahlreichen Beschäftigten interessant wäre, hat die Verwaltung leider noch kein Konzept vorgelegt. Aber wir bleiben am Ball ●

Auf zum Bio-Bauer!

Besuch auf einem Demeter-Hof

Am 8. Juli fuhr die Grüne Liste Büttelborn mit zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern - die Mehrzahl von Bauernhöfen aus den Büttelborner Ortsteilen - über den Rhein nach Mettenheim zu dem Demeter-Landwirt Ackermann.

Mit dem Warenzeichen "demeter" werden Erzeugnisse aus anerkannt biologisch-dynamischen Anbau gekennzeichnet. Ackermann ist Anthroposoph. Für ihn ist Gesundheit nur durch "gute" Nahrungsmittel gewährleistet. Die Landwirtschaft hat dabei eine wichtige Aufgabe: Nach der Lehre des Philosophen Rudolf Steiner muß sie dazu eine "Harmonie zwischen den irdischen und kosmischen Kräften schaffen". Abgelehnt werden Kunstdünger und künstliche Schädlingsbekämpfungsmittel, weil sie zu giftigen Rückständen in den Nahrungsmitteln führen und das Grundwasser schädigen.

Kompost, homöopathische Schädlingsbekämpfung

Ein Schwerpunkt seiner biologisch-dynamischen Wirtschaftsweise ist die Komposterzeugung. Für den dazu unbedingt notwendigen Mist hält sich Ackermann Milchvieh.

Besonders interessant ist die "Schädlingsbekämpfung": Ähnlich wie bei einer Impfung versucht Ackermann mit dem "Schädling" selbst eine Immunisierung zu erzeugen. Ein Mittel ist dabei die Veraschung und unter homöopathischen Prinzipien verdünntes Aufbringen auf die Felder.

Ein Dinkelfeld!

Eindrucksvoll für viele Besucher war, als Ackermann sie zu einem großen Feld mit Dinkel führte, das sich auf einem Hügel erstreckte.

Dinkel ist eine uralte, in der Bronzezeit weitverbreitete Weizenart mit hohem Wuchs, langen und lockeren Ähren.

Er liefert ein eiweißreiches Mehl, die Backwaren haben einen aromatischen Geschmack. Im halbreifen Zustand geerntet und geröstet ist er auch in der Vollwertküche als Grünkek bekannt.

Und unsere Landwirte?

Der ganze Vormittag war beherrscht von intensiven und emotionalen Gesprächen. Dabei wurde jedem klar, daß hier zwei Denkweisen mit unterschiedlichen Begriffen und Weltanschauungen zusammenstießen.

Unsere örtlichen Landwirten ist zu bescheinigen, daß sie sich sehr stark mit der Problematik des konventionellen und alternativen Landbaus beschäftigen. Ihnen sind die Nachteile der eigenen



Büttelborner Landwirte in der Diskussion mit Bio-Bauer Ackermann (mit Stock links)

Produktionsweise voll bewußt. Umstellen wollen sie ihre Betriebe auf den alternativen Landbau aber nicht:

- Einmal wegen der Unsicherheit, ob überhaupt eine breite Verbraucherschicht vorhanden ist, die die Mehrkosten für den größeren Arbeitsaufwand und geringeren Ertrag aufbringen will. Sie haben einfach Angst, ob der eigene Hof langfristig existenzfähig ist, und das besonders dann, wenn sich mehrere Landwirte umstellen würden.

- Zum anderen zeigte sich allein anhand der Schädlingsbekämpfung, daß ein biologisch-dynamische Bewirtschaftung langjährige Erfahrung und sehr viel neues Wissen, eigene Experimente und eine hohe Risikobereitschaft voraussetzt.

- Weiter sah man in dem in Büttelborn vorherrschenden Gemüseanbau mit seinen zahlreichen Spezialkulturen eine zusätzliche Hürde.

Die Diskussion muß weitergehen!

Wir von der GLB wollen die Diskussion am Laufen halten. Dazu soll ein Hof besichtigt werden, der zwar alternativ aber nicht anthroposophisch arbeitet ●

Kläranlagenfinanzierung auf den Tisch!

Nach Abzug aller Zuschüsse zum Neubau der Kläranlage verbleibt ein Rest von über 12 Millionen Mark, der alleine von der Gemeinde aufgebracht werden muß.

Wir finden, die Bürger und Bürgerinnen haben ein Recht, zu erfahren, ob die Finanzierung dieses Betrages durch Erhöhung der Abwassergebühr oder durch eine Umlage auf die Grundstücksbesitzer erfolgen soll.

Die GLB fordert die Verantwortlichen auf, ihre Pläne zur Finanzierung des Gemeindeanteils offenzulegen ●

10 Jahre GLB

Nach ihrer Gründung vor 10 Jahren existiert die Grüne Liste Büttelborn (GLB) dank ihrer Wähler und Wählerinnen in alter Frische auf der politischen Bühne Büttelborns. (Letztes Wahlergebnis: 14,5 %) Dies war uns Grund genug, mit den Mitgliedern und Freunden, auch mit denen der früheren Jahre, im Cafe "Extra" bei Livemusik (Jazzband "Zweckverband") und kulinarischen Leckerbissen gemeinsam zu feiern ●

HÖHERE MÜLLGEBÜHREN

Statt einer linearen Erhöhung der Gebühren von 24 auf 37 DM pro Monat (+50%) fordert die GLB eine Gebührenordnung, die die Vermeidung von Müll durch die Bürger belohnt. Wir denken zum Beispiel an ein Plakettensystem, verschieden große Mülltonnen oder 14 tägige Abfuhr auf Wunsch.

Interessant, daß ein Teil der Vertreter der SPD im Gegensatz zu Bürgermeister Göldenleuchter im Umweltausschuß diese Pläne vehement unterstützt hat ●

Wahlparty

Am Sonntag, den 2.12.90 treffen sich ab 18 Uhr alle "grünen Sympathisanten" im kleinen Saal des Bürgerhauses Worfelden zur traditionellen Wahlparty ●

GLB ZUM HAUSHALT 1991

Die GLB Fraktion fordert für den Haushaltsplan 1991:

- Planungskosten für den Neubau eines Kindergartens mit Hort in Worfelden. DM 60.000
- Erstellung eines Müllkonzeptes zur Müllreduzierung und Getrenntsammlung. DM 15.000
- Kostengünstige Maßnahmen zur flächendeckenden Verkehrsberuhigung, wie Tempo 30 in Wohngebieten und versetzte Parkzonen im Straßenbereich. DM 30.000

GEHEIMDIPLOMATIE

Im Jahr 1990 haben bereits 4 nichtöffentliche, geheime Sitzungen des Haupt und Finanzausschusses stattgefunden. Nach der hessischen Gemeindeordnung unterliegt die GLB leider der Schweigepflicht.

Wir fordern vom Bürgermeister deshalb die Veröffentlichung der "offenen" Geheimnisse ●

LÄRMSCHUTZWAND NÖTIG

Die von SPD und CDU beschlossene Straße zwischen Tankstelle Scheuermann und einer zukünftigen Bahnüberführung in KleinGerau wird noch mehr Verkehr nach Büttelborn bringen.

Leidtragende werden, neben anderen, die Anwohner von Odenwald und Eifelstraße sein. Der GLB blieb nur noch übrig, der Mehrheit von SPD und CDU eine Lärmschutzwand für diesen Bereich abzutrotzen ●

Benzinpreise- ein heißes Eisen

Foto: Wolf A. Goettie



Beim Vereinigungsgalopp auf der Strecke gebliebene, wie so manch andere unbewältigte Vergangenheit

Öffentliche Diskussionen über Kraftstoff-Verbraucherpreise sind ein Reizthema. Wird eine Erhöhung der Mineralölabgabe auch nur erwogen, hebt in ganz Deutschland ein gewaltiges Geschrei an. Regierungspolitiker sind dann bemüht, dieses Thema sofort als "undiskutabel" abzutun um so ihre Popularität zu retten.

An diesem Thema aber zeigt sich, wer über Lippenbekenntnisse hinaus etwas für eine intakte Umwelt tun will. Wir meinen, eine Benzinpreiserhöhung stellt für kaum jemanden ein Existenzbedrohung dar, wohl aber die heraufziehende Klimakatastrophe. Deshalb nennen wir einige

ARGUMENTE

- für eine Erhöhung der Abgaben auf Mineralöl
- Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene
- sinnvolle Einschränkung des Individualverkehrs ohne Verbot
- mehr Anreiz für eine kostensparende Fahrweise
- Verminderung der Unfallzahlen
- Erschließung finanzieller Mittel für den öffentlichen Personenverkehr
- Druck auf die Autoindustrie, der Entwicklung extrem sparsamer Fahrzeuge höchste Priorität einzuräumen

Der wohl wichtigste Effekt besteht in einer Verminderung der CO₂-Emission. CO₂ kommt aus jedem Auspuffrohr - mit oder ohne Katalysator. Dagegen hilft nur: Weniger und sparsamer fahren.

ALSO FORDERN WIR NICHT ABSCHAFFUNG ODER VERBOT DES AUTOS - ABER DEN GESSELLSCHAFTLICH VERANTWORTBAREN UMGANG MIT IHM! ●

Impressum

Gemeinsame Zeitung der Grünen List Büttelborn und der Grünen Partei Apolda
Redaktion: Peter Best, 6087 Büttelborn
Mozartstr.26 / Frieder Engel, 6087 Büttelborn, Neustr.64 / Klaus Menzel, 5231 Apolda, Straußstr.10

Oh, wie eiskalt ist Dein rotes Händchen!

Hat Rot-Grün noch eine Chance ?

Perspektive für die Zukunft?

Die Ablösung Helmut Kohls als Bundeskanzler aller Deutschen ist, wenn überhaupt, nur mit einer Koalition zwischen den GRÜNEN und der SPD möglich. Das Regierungsprogramm einer solchen Koalition kann natürlich nicht nur aus der Abwahl des Kanzlers bestehen, so wünschenswert diese aus unserer Sicht auch ist.

Gemeinsamkeiten denkbar

Es gibt, denkt man an die Umweltpolitik, die Friedenspolitik, die Frauenpolitik und die Sozialpolitik, nicht wenige Bereiche in denen ein gemeinsames Handeln möglich erscheint. Allerdings ist jede Koalitionsvereinbarung vor dem Hintergrund der bisherigen GRÜN/ROTEN Bündnisse zu beurteilen. Da sieht es allerdings, angefangen in den Ländern bis hin zu den Gemeinden, eher finster aus:

Die Realität

In der bundesweit ersten Zusammenarbeit zwischen den beiden Parteien, in Hessen, wurde Minister Joschka Fischer von Holger Börner (SPD) entlassen, als er gegen die kriminellen Machenschaften der Hanauer Nuklearbetriebe vorgehen wollte. Nicht ganz ein Jahr danach forderte auch die SPD (in der Opposition) den Ausstieg aus der Atomenergie. In Berlin verkaufte die SPD eines der wichtigsten Grundstücke in der Innenstadt (Potsdamer Platz) an den größten Rüstungskonzern Deutschlands, die Daimler Benz AG ohne die Ergebnisse eines städtebaulichen Wettbewerbs abzuwarten. Dabei wurde der Koalitionspartner GRÜNE mit Hilfe der Opposition von CDU und Republikanern überstimmt. Das hätte sich die SPD mal mit der FDP in einem der sozialliberalen Bündnisse in der Vergangenheit leisten sollen!

Zwei Wochen vor der Wahl am 2.12.90 zerstörten Herr Momper und Herr Pätzold (SPD) mit einer

brutalen Polizeiaktion die Grundlagen der GRÜN/Roten Koalition in Berlin. Vermittlungsangebote des Ostberliner Bischofs und der Bürgerbewegung wurden fünf Tage vorher brüsk abgelehnt.

Erfahrungen in Büttelborn

In der Gemeinde Büttelborn hatte die GLB mit der SPD eine Vereinbarung von Sachpunkten anlässlich der Wahl Horst Gölzenleuchters zum Bürgermeister getroffen. Die meisten Punkte wurden allerdings nach erfolgter Wahl nie verwirklicht. Ein einfaches Beispiel, das weder übergeordnete Kompetenzen berührt, noch viel Geld kostet: GLB und SPD hatten beschlossen, auf den Einsatz von chemischen Spritzmitteln auf öffentlichen Flächen zu verzichten. Heute wird wieder gespritzt als wäre diese Vereinbarung nie getroffen worden. Nach der Kommunalwahl 1985 verweigerte die SPD der GLB, die gerade zwei Jahre zuvor für den SPD Bürgermeister gestimmt hatte, einen Ausschußvorsitz. Die CDU erhielt den Vorsitz im Landwirtschaftsausschuß.

Wahlrechtsmanipulation

Das Bundesverfassungsgericht mußte zweimal verhindern, daß die etablierten Parteien und dabei besonders die SPD versuchten, das Bündnis 90 aus dem neuen Bundestag fernzuhalten.

Fazit

Aus diesem kurzen und unvollständigen Abriss historischer Bündnisse zwischen GRÜNEN und SPD folgt, daß die SPD nur mit uns rechnen kann, wenn sich ihr Verhalten gegenüber den GRÜNEN ändert. Wer die Anliegen seines Koalitionspartner nicht ernst nimmt, muß auf eine Mehrheit verzichten, oder sich eine andere Mehrheit suchen ●

Bei aller Enttäuschung, die die SPD als Opposition für mich darstellt, in Wut gerate ich über diese verbohrten Darsteller der Bundesregierung, die ihrem lebensgefährlichen Wertesystem von unendlichem Wirtschaftswachstum die Gesundheit und Zukunft unserer Kinder opfern. Die sich nicht schämen, in diesem besonderen Jahr einen Verteidigungshaushalt von 54 Millionen zu verabschieden, obwohl in unserem Land jede Menge Kindergarten- und Hortplätze bzw. kindgerechte Spielplätze sowie kinderfreundliche Wohnungen fehlen.

Von Schulen, die sich an den Bedürfnissen des einzelnen Kindes orientieren kann schon gar keine Rede sein.

Diese Heuchler, die Krokodilstränen vergießen, wenn es um die Abschaffung des §218 geht, und in Kauf nehmen, daß auf unserem Bundesgebiet

Meine Meinung

Erika Korent

inzwischen 6 Millionen Menschen, d.h. auch Kinder, unter der Armutsgrenze leben müssen.

Sie machen mir Angst, diese "Volksvertreter", die, wie Edmund Stoiber, öffentlich eine Amnestie für Stasi-Mitarbeiter und Steuerhinterzieher wie Lamsdorff, Leissler-Kiep u.a. fordern, aber friedliche Sitzblockierer gerichtlich verurteilt sehen wollen. Die dafür sorgen, daß Waffenschlebereien in Krisengebiete geduldet werden und sich gelegentlich direkt daran beteiligen.

So ein Wahlkampf, wie ihn die CDU zur Zeit wieder führt, kostet halt Geld, da freut sie sich über jede "Spende" in Millionenhöhe! Meldet sich -wider Erwarten- doch einmal das Gewissen, nimmt man sich vorübergehend einen Blackout; der bewährte sich ja schon öfter, wie wir und Helmut Kohl wissen ●